

Antrag auf Gewährung einer Beihilfe für Umstrukturierungsmaßnahmen auf Grundlage des GAP-Strategieplans der Bundesrepublik Deutschland ab Pflanzjahr 2024

Teil 1

Unterlassene oder falsche Angaben führen zu fehlerhafter Bearbeitung und sind vom Antragsteller selbst zu vertreten.

An die Kreisverwaltung

Datum des Eingangs:

Unternehmensnummer:

27607										
-------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Betriebsnummer/n der EU-Weinbaukartei:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Antragsteller(in):

_____ Name, Vorname

_____ Straße _____ Hausnr.

_____ PLZ _____ Wohnort

_____ Telefon tagsüber _____ E-Mail-Adresse

Geburtsdatum d. Antragstellers/Antragstellerin

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

- I: Ich/Wir beantrage(n) für die in Anlage 1 verzeichneten Rebflächen die Gewährung einer Beihilfe für die Umstrukturierung von Rebflächen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 2021/2115, der Delegierten VO (EU) 2022/126 und 127, der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013.**
- II: Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die Daten der Weinbaukartei bzw. Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank (LBD) verwendet werden.**
- III: Hinsichtlich der Flächen, die neu bestockt werden sollen, gebe ich/geben wir folgende Erklärung ab:**

- Die in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücke sind in meiner/unsere Weinbaukartei verzeichnet. Der Auszug aus der aktuellen Weinbaukartei ist beigelegt.
- Von denen in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücken sind die folgenden nicht in meiner/unsere Weinbaukartei verzeichnet. Die Bewirtschaftung wird auf mich/uns übergehen. Ich/wir habe(n) das Verfügungsrecht (Eigentum, Pacht), Pachtvertrag wird vorgelegt.

Seite	Lfd. Nr.	Flur/Flurstück

IV. Ich bin/Wir sind darüber belehrt, dass

1. Pflanzungen mit Neuanpflanzungsgenehmigungen nach Art. 63 VO(EU) Nr. 1308/2013 nicht gefördert werden,
2. für die Flurstücke, die aufgebaut werden, spätestens mit der Pflanzmeldung eine Genehmigung der Rebpflanzung vorzulegen ist,
3. die normale Erneuerung ausgedienter Altrebflächen nicht gefördert wird,
4. der Antrag nur als vollständig gestellt gilt, wenn **Teil 2** des Antrages mit Anlage 1 im Antragszeitraum **02.01—31.01.2024** bei der zuständigen Kreisverwaltung eingereicht wird,
5. auf den beantragten Flächen bis zu einer Mitteilung der Kreisverwaltung keine Veränderung der Bewirtschaftungsform (z. B. Rodung) erfolgen darf,
6. aus diesem Antrag kein Rechtsanspruch auf eine Förderung entsteht,
7. die gewählte Maßnahme auch für Teil 2 als verbindlich gilt.

V. Das Merkblatt zum Antrag Teil 1 habe ich gelesen und ich erkenne die Bedingungen an.

_____, den ____ . ____ . ____ _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift Antragsteller/in)